
Dokumentation

Kurt Biedenkopf:
Der Lohn erzwingt die Produktivität*

Ich möchte am Beginn eine kurze Zusammenfassung der Gründe für den Zusammenbruch setzen, den wir jetzt in den neuen Bundesländern in der Wirtschaft erleben.

* Gekürzte und leicht überarbeitete Rede des sächsischen Ministerpräsidenten vor dem Bundesausschuß des DGB am 6. März 1991 in Düsseldorf.

Der erste Grund liegt in der Reihenfolge der Dringlichkeit: die völlig falsche Organisation und Finanzierung der Wirtschaft, etwas, was Ihnen geläufig ist, deshalb hierzu nur einige wenige Stichworte: Die durch die Kombinationspolitik, insbesondere von Herrn Mittag, bedingte Verringerung der Arbeitsteilung, der Zwang, daß die Kombinate sich im wesentlichen selbst versorgen mußten, hat zu unsinnigen Auswüchsen geführt. So mußte zum Beispiel das Kombinat Chemischer Anlagenbau in Grimma, mit dem ich noch aus meiner Leipziger Gastprofessorenzeit etwas näher vertraut bin, alles selbst produzieren, was man für chemischen Anlagenbau braucht, auch elektronische Steuergeräte, Ventile und so weiter. Es gab also keine Organisation der Betriebe mit dem Ziel einer arbeitsteiligen Spezialisierung zum Zwecke der Erzielung hoher Leistungsniveaus, sondern, - wie die Formel vielfach hieß - jeder mußte das Rad neu erfinden. Zum zweiten waren - auch unter dem Eindruck der Verlagerung der Staatsverschuldung auf die Betriebe - die Investitionen völlig unzureichend. Drittens wurden die Kombinate gezwungen, alle Nebenleistungen vorzuhalten, wie Fuhrparks oder eigene Handwerksbetriebe, Leistungen, die in den Kombinatennatürlich überhaupt nicht ausgelastet waren, sondern nur vorgehalten wurden, weil es diese Leistungen im Markt nicht gab, nachdem man das Handwerk und die mittelständische Industrie zerstört hatte. Man mußte also in den Kombinatennatürlich eine Fülle von Leistungen vorhalten. Als Konsequenz dieser Organisationsform war die Wirtschaft nicht *EG-tauglich*. Ich lege großen Wert auf den Begriff *EG-tauglich*. Es gibt heute eine wachsende Diskussion in den neuen Bundesländern, ob die Einheit dies verschuldet habe. Und ich weise immer wieder darauf hin, wenn Modrows Ziel, die DDR zu erhalten, aber als DDR in die EG einzutreten, sich verwirklicht hätte, wäre genau dasselbe passiert: Man hätte ebenfalls festgestellt, daß die industrielle Organisation nicht *EG-tauglich*, nicht weltwirtschaftlich arbeitstauglich ist.

Der zweite Grund für die enormen wirtschaftlichen Schwierigkeiten ist der Zusammenbruch des RGW-Systems. Viele sagen, daß man das nicht hätte voraussehen können. Auch in der allgemeinen Diskussion war diese Erkenntnis nicht vorhanden. Allerdings hat die Sowjetunion bereits 1988 angekündigt, daß sie die Absicht habe, das RGW-System auf Devisenbasis umzustellen, auf Dollar- oder DM-Basis. Jeder, der die innersowjetische Diskussion kannte, die zu diesen Ankündigungen führte, wußte, was das bedeutet. Daß die Sowjetunion ihre Devisen auf dem Weltmarkt mit Rohstoff- und Energieverkauf bezieht, Waren im Weltmarkt nachfragt und die alten RGW-Lieferbeziehungen zu den osteuropäischen Ländern nicht mehr honorieren würde. Und genau das ist auch passiert. Als Folge haben eine große Zahl von Unternehmen in den heutigen neuen Bundesländern einen wesentlichen Teil ihres Umsatzes verloren. Aber das ist noch nicht das eigentlich Dramatische. Das Entscheidende ist, daß die alten RGW-Beziehungen diese Unternehmen in der Illusion gehalten haben, daß man ohne Verkaufsabteilungen verkaufen kann. Und jetzt stehen sie vor der Situation, daß sie neue Märkte gewinnen müssen, ohne über die Fähigkeiten zu verfügen, die man braucht, um in neue Märkte einzudringen. Hier liegt ein wesentliches Defizit. Dieses Defizit kann man auch nicht von heute auf morgen ausgleichen zumal nicht in der Schwerindustrie, in der Maschinen-, in der Baumaschinen- oder Straßenbaumaschinenindustrie. Da die Märkte nicht weltweit offen sondern außerordentlich hart umkämpft sind, schon beim bisherigen Weltmarktanteil, bedeutet das Eindringen in diese Märkte eine hervorragende Leistung. Und zu dieser hervorragenden Leistung ist der überwältigende Teil der ostdeutschen Unternehmen noch nicht in der Lage. Das Dritte, was wir heute feststellen und was wir so nicht sehen konnten, weil es auch statistisch verschleiert war, ist der totale Zusammenbruch des Kapitalstocks in der ehemaligen DDR. Die DDR hat das gesamte Kapital, und zwar sowohl das Investitionskapital, das Produktionskapital, das Infrastrukturkapital, das ökologische Kapital und in einem erheblichen Umfang auch die Menschen, das Humankapital, verbraucht, und zwar in einer so

radikalen Weise, daß selbst bei Fortbestand der Teilung und der alten politischen Verhältnisse mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit die DDR-Wirtschaft zusammengebrochen wäre,

Fazit: Die DDR-Wirtschaft wäre auch ohne die Wiedervereinigung in ökonomische Schwierigkeiten geraten, wenn sie den Versuch gemacht hätte, sich der Europäischen Gemeinschaft zu öffnen. Und das ist für die Argumentation sehr wichtig, denn die Wiedervereinigung gibt der alten DDR, wenn ich jetzt nochmal in DDR-Kategorien argumentieren darf, gegenüber Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn, die ja immer mit ihr verglichen werden, den ungeheuren Vorteil, daß die Menschen dort nicht auf Hilfe im Sinne von politisch unabhängigen Entscheidungen anderer Staaten angewiesen sind, sondern einen *verfassungsrechtlichen* Anspruch auf Transferleistungen haben, auf Finanzausgleich, auf die Mobilität der Bevölkerung und alles, was damit zusammenhängt, insbesondere aber einen verfassungsrechtlichen Anspruch auf die möglichst zügige Herbeiführung gleicher Lebensverhältnisse. Und dies bedeutet einen Vorsprung für die ostdeutschen Bundesländer, gegenüber den anderen osteuropäischen Ländern, den sie nie bekommen hätten, außer durch die Einheit. Mit dem Beitritt zur Bundesrepublik hat die DDR sich den Zugang zu unserem rechtlich abgesicherten System der Gleichheit der Lebensqualität eröffnet.

Ich will ganz kurz, wenigstens in drei, vier Zahlen sagen, was das heute schon praktisch bedeutet: Nicht nur, daß die Steuereinnahmen der ostdeutschen Bundesländer von ihrer eigenen Steuerkraft in einem Schritt von 20 Prozent auf 85 Prozent angehoben werden—das ist ja immerhin eine Leistung, wenn man bedenkt, daß die Bevölkerung in den ostdeutschen Bundesländern der Einwohnerzahl des Landes Nordrhein-Westfalen entspricht -, sondern grob gerechnet werden inzwischen auch rund 40 Prozent der Einkommen in den neuen Bundesländern durch Transfereinkommen finanziert. Im Ergebnis finanziert die westdeutsche Bevölkerung — mit einer gewissen späteren Beteiligung der ostdeutschen Bevölkerung, über deren Höhe noch gestritten werden muß - die Umstellung der Geldvermögen der ostdeutschen Bevölkerung auf DM. Die Umstellung der Sparkonten, immerhin rund 160 Milliarden Mark in Ostmark, rund 110 Milliarden DM nach der Umstellung, wurde im Sommer letzten Jahres dadurch als möglich begründet, daß man die Altlasten auf den Betrieben und dem Wohnungsbau als Kredite in die Rechnung einbezogen hat. Wir stellen jetzt aber fest, daß die Gegenfinanzierung der Sparkonten überhaupt nicht existiert. Tatsächlich hat die alte DDR die Sparkonten ihrer Bevölkerung verpulvert. Sie sind weg. Daß wir sie trotzdem umgestellt haben, und daß wir sie jetzt honorieren, weil es ja gar nicht mehr anders geht, bedeutet, daß wir letztendlich im Zuge der Kreditabwicklung, das heißt der Abtragung der Altschulden, die Sparkonten mitfinanzieren. Und das ist eine beachtliche Solidaritätsleistung, über die zu meinem Bedauern bisher nicht gesprochen wird.

Diese Solidaritätsleistungen hat aber auch eine Gegenleistung auf der anderen Seite. Damit meine ich nicht nur die politische Leistung der Bevölkerung der DDR, die darin bestand, die Wende herbeizuführen, sondern vor allem die politische Leistung, die darin besteht, den mit der Einheit verbundenen Kulturschock zu überwinden—eine ungeheure Umstellungsleistung. Ich spreche heute nur über den wirtschaftlichen, sozialen und finanziellen Teil, ich spreche nicht über den ebenso wichtigen Teil, der die immateriellen Dinge betrifft. Bitte betrachten Sie den Prozeß der deutschen Einheit deshalb nicht vorrangig als ein fiskalisches oder ein ökonomisches Problem. Das größte Problem liegt in der *Wiederannäherung zweier Bevölkerungsteile*, die sich 45 Jahre lang in total konträren Richtungen entwickelt haben, oder im Falle der Deutschen im Osten entwickeln *mußten*. Man kann es auf den Punkt bringen: Während in unserer Gesellschaft Aktivstrukturen mobilisiert werden, und die Menschen dazu veranlaßt werden, selbst zu handeln, wurde in der alten DDR die Passivstruktur belohnt. Es ging dem-

jenigen am besten, der sich am wenigsten gegen die Umwelt und gegen die bestehenden Verhältnisse gewehrt hat. Und dieses Wiedertzusammenführen zweier Bevölkerungen, die sich so unterschiedlich entwickelt haben, vor allen Dingen aber die Leistung, die darin besteht, ohne Erfahrungen in eine völlig neue Rechtsordnung, in eine völlig neue soziale Wirtschaftsordnung einzutreten und als Erwachsener diesen ganzen Erfahrungserwerb gewissermaßen im Schnellverfahren nachzuholen, ist eine enorme Leistung, die die Westdeutschen glücklicherweise nicht oder jedenfalls bei weitem nicht in diesem Umfang erbringen müssen. Diese Leistung müssen wir bei der Bilanz, wer welche Last trägt, mitrechnen, wenn sie nicht zu total ungerechten Ergebnissen führen soll. Ich bin ganz sicher, daß der Westen Deutschlands diese Bilanz niemals zu seinen eigenen Gunsten überziehen kann, also mehr leistet als die anderen, schon deshalb nicht, weil die ökonomische Leistungsgleichheit bei 12:1 liegt, die alte Bundesrepublik also zwölfmal so viel erwirtschaftet wie die DDR.

In Zukunft werden weiter Transferleistungen für die öffentlichen Haushalte notwendig sein. Wir müssen in den nächsten Jahren für die neuen Bundesländer eine höhere Investitionsquote zur Verfügung stellen, als sie der Bevölkerung entspricht, also etwa 40 Prozent der Investitionen gegenüber nur 20 Prozent Anteil an der Bevölkerung. Wir brauchen in den nächsten Jahren auch Verwaltungshilfe für die neuen Bundesländer. Wir sehen jetzt, daß das Geld alleine wertlos ist, wenn nicht die Menschen mitkommen, die wissen, wie man es ausgibt. Wir sollen jetzt in Sachsen, um das mal praktisch zu machen, durch 48 Landkreise, 6 kreisfreie Städte, und in 1 600 Gemeinden 1,46 Milliarden DM kurzfristig ausgeben. Das ist keine einfache Sache. Und wenn Sie in eine Kommune gehen, in der Menschen arbeiten, die bis vor einem Jahr der Endpunkt einer Befehlskette waren, und keine eigenen Entscheidungen treffen durften, und Sie erwarten jetzt, daß sie Aufgaben definieren, Projekte entwickeln und aufschreiben, Handwerker beauftragen, dann können Sie schon daran sehen, welche enorme Umstellungs- und Lernleistungen in einer kurzen Zeit erbracht werden müssen, damit nicht das Geld in einem halben Jahr noch auf den Konten liegt und der Finanzminister dann sagt, wir brauchten es ja gar nicht, sonst hätten wir es doch ausgegeben. Dieser Vorwurf wird ohnehin in den neuen Bundesländern als eher zynisch empfunden. Die Personalfürsorge kann aber nicht nur von den öffentlichen Bereichen kommen, sie muß auch von den gesellschaftlichen Gruppen, von den Unternehmen, von den Gewerkschaften, von den Parteien und Stiftungen kommen. Und ich will hier nur anmerken: Der Wissenstransfer muß ohne Arroganz geleistet werden und es wäre gut, wenn diejenigen, die in die neuen Bundesländer kommen, dorthin mit der Bereitschaft gehen, auch zu lernen, wie die Menschen bisher gelebt haben, zu lernen, wie die Menschen denken und welches ihre Probleme sind, und deren Erfahrung zu teilen.

Zum Arbeitsmarkt: Was sind die Ursachen für die gegenwärtigen Probleme? Ich kann wiederum nur einige Ursachen aufzählen: Der Anteil der industriellen Produktion in den neuen Bundesländern ist als Folge der Industriestrukturen der ehemaligen DDR viel höher als im Westen. Etwa 58 Prozent der Menschen sind in der Produktion beschäftigt, im Westen gut 27 Prozent. Der Anteil des tertiären Sektors ist viel zu klein, der Anteil der öffentlichen Verwaltung viel zu groß. Der Freistaat Sachsen muß etwa 100 000 Menschen aus dem öffentlichen Dienst entlassen, um auf das Niveau zu kommen, das in Nordrhein-Westfalen herrscht - mehr als die Hälfte. Das können wir natürlich nicht in einem Jahr machen, schon gar nicht in einem Arbeitsmarkt, der ohnehin keine Arbeitsangebote bereithält. Aber wenn wir es nicht kurzfristig tun, sagen uns die Altbundesländer, sie seien nicht bereit, Einkommenstransfers zu bezahlen für Länder, die einen doppelt so großen öffentlichen Dienst haben wie sie selbst.

Der zweite Punkt, der bisher in der Diskussion so gut wie überhaupt nicht behandelt worden ist: In der alten DDR, und das gilt natürlich jetzt als Markierungsmarke weiter,

lag die Erwerbsquote, sprich der Anteil der erwerbstätigen an der erwerbsfähigen Bevölkerung bei 96 Prozent. Die Erwerbsquote in der alten Bundesrepublik beträgt 67 Prozent. Das heißt, wenn wir jetzt die Wirtschaft im Osten auf die Strukturen im Westen hin entwickeln, wird die Erwerbsquote notwendigerweise sinken. Man kann mit den westdeutschen Einkommen keine ostdeutsche Erwerbsquote finanzieren. Das ist unmöglich. Man kann mit den westdeutschen Einkommen nur eine westdeutsche Erwerbsquote finanzieren. Das heißt aber, die ersten 25 Prozent Arbeitslose in der DDR sind, verzeihen Sie mir, wenn ich das hier so banal ausdrücke, nichts anderes als die Anpassung der Beschäftigungsquote an die der alten Bundesrepublik. Das wird natürlich von den Menschen nicht so gesehen, sondern diese ersten 25 Prozent Arbeitslose werden verglichen mit der Arbeitslosenquote nach der Depression 1929. Nur die Ursachen für die Veränderung sind völlig andere, und die Vorstellung, man könne die 96-Prozent-Beschäftigung wiederherstellen, ist völlig unrealistisch.

Ich halte sowohl den IG-Metall-Tarif wie den ÖTV-Tarif, der jetzt abgeschlossen wurde, für gut und richtig. Ich halte beide Tarife auch in ihrer Perspektive für dringend geboten, und ich habe auch schon vor den Tarifverhandlungen in Gesprächen sowohl mit Franz Steinkühler als auch mit Frau Wulf-Matthies darauf hingewiesen, daß wir in Ihnen diejenigen sehen, die diese Strukturen jetzt umsetzen, und man hat ja gesehen, daß auch auf der Arbeitgeberseite der Widerstand nicht überwältigend war. Nur, wir müssen gemeinsam bereit sein, sonst machen diese Strukturen keinen Sinn, der Bevölkerung im Osten Deutschlands auch zu sagen, welche Konsequenzen das hat. Die Illusion aufrecht erhalten, daß man bis 1994 100 Prozent des westlichen Lohnniveaus erreichen kann und wieder zu 96 Prozent Beschäftigung kommt, wäre unehrlich.

Hier liegt ein ganz entscheidendes Problem, weil diese Veränderung zugleich eine tiefgreifende Veränderung des intimsten Lebensbereichs der Menschen bedeutet, nämlich ihrer Familien. Und das trifft vor allem die Frauen. Es ist überhaupt keine Frage, daß diese Strukturveränderung eine der schwierigsten Veränderungen für die Menschen in der ehemaligen DDR überhaupt werden wird. Wenn man sich mal überlegt, welche Bedeutung der Arbeitsplatz hatte: Er war eines der wichtigsten Kommunikationszentren. Es gibt in der alten DDR kein ausgeprägtes Vereinswesen, das hat die SED nicht zugelassen. Es gibt auch sonst keine ausgeprägte organisierte gesellschaftliche Vielfalt, das hat die SED auch nicht zugelassen. Alle diese vielfältigen Aktivitäten, in denen sich die Bürger einer hochentwickelten Gesellschaft außerhalb des Arbeitsplatzes entfalten können, sind nicht existent. Die Wohnverhältnisse sind so, daß die Menschen zum großen Teil dankbar waren, daß sie nicht den ganzen Tag in der Wohnung verbringen mußten, und schon gar nicht zu zweit, sondern beide waren zu einem ganz entscheidenden Punkt an ihrem Arbeitsplatz sozial verankert.

Die soziologische Bedeutung des Arbeitsplatzverlustes ist deshalb ganz anders als hier. Hinzu kommt, daß die Menschen mit diesem Zustand überhaupt keine Erfahrung haben. Sie haben 40 Jahre lang gelebt, ohne je etwas anderes von Arbeitslosigkeit zu hören als daß es ein Übel der kapitalistischen Gesellschaft sei. Sie haben keine eigenen Erfahrungen damit und sie haben auch keine eigenen Fähigkeiten entwickelt, wie man mit dem Problem fertig wird. Wenn man in dem Buch von Heinz Franke „Arbeit für alle“ über die Aktivitäten liest, die in der westlichen Gesellschaftsordnung ein Arbeitsloser selbst zu entfalten verpflichtet ist, damit er wieder in den Arbeitsprozeß zurückkommt, und wir führen uns dann vor Augen, daß die Menschen im Osten keine Gelegenheit hatten, diese Fähigkeiten zu erwerben, dann können Sie beurteilen, was von den Menschen verlangt wird. Sie können auch mit dem ganzen Verfahren, das wir zur Überwindung der Arbeitslosigkeit entwickelt haben einschließlich der Entfaltung eigener Initiative, gar nicht umgehen. Das ist auch einer der Gründe dafür, warum alle Betriebsräte, mit denen ich bisher in Sachsen gesprochen habe, der Meinung sind, daß

man die Kurzarbeit mit irgendeiner Tätigkeit verbinden muß. Am liebsten hätten sie es, man würde die Menschen, wenn sie in Kurzarbeit Null gehen, in eine andere Aktivität versetzen, sei es Umschulung, Qualifikation, Weiterbildung oder sonst irgendeine Tätigkeit, die ihnen den sozialen Ort ihrer personalen Verankerung erhält und sie nicht in die soziale Leere entläßt, denn sie treffen in ihrer bisherigen Lebensumwelt nicht auf eine ausgebauten Infrastruktur, die sie auffangen kann.

Das Dritte: Niedrige Löhne lassen eine hohe Beschäftigung zu, das Ansteigen der Löhne bedeutet aber eine Abnahme der Beschäftigung. Ich brauche das hier in diesem Kreis nicht zu begründen. Und schließlich der vierte Grund des Zusammenbruchs des Arbeitsmarktes ist die totale Überbeschäftigung von Menschen für Aktivitäten, die im Westen mit einem Bruchteil der Beteiligten durchgeführt wird. Ich will es nur mal an der Landwirtschaft deutlich machen. In der westdeutschen Landwirtschaft arbeiten auf 100 Hektar im Schnitt 3-5 Personen, in der ostdeutschen Landwirtschaft im Schnitt 12 bis 15 Personen. Wenn wir also eine vergleichbare Einkommenserzielung auf diesen 100 Hektar erreichen wollen, müssen wir zwei Drittel entlassen. Und dies ist im Grunde das Schicksal aller industriellen Aktivitäten.

Maßnahmen zur Überwindung: Zunächst einmal ist das Tal, durch das wir durchgehen müssen, das Tal der Schwielen, wo man arbeiten muß, das Tal der Lasten, wo man tragen muß, und das wird, gemessen an den bisherigen Beschäftigungszahlen in der alten DDR je nach Region 40 bis 60 Prozent Arbeitslosigkeit bedeuten. Maßnahmen wie Umschulung und Qualifikation, stehen in allen unseren Diskussionen im Mittelpunkt. Ich will Ihnen hier nur die Grenzen aufzeigen, zum Beispiel die fehlenden Instruktoren. Wenn Sie das Verhältnis 1:15 nehmen, also ein Instruktor auf 15 Menschen, die was lernen sollen, dann brauchen wir für 150 000 Arbeitslose 10 000 Instruktoren. Die haben wir natürlich nicht. Schon gar nicht für eine viel größere Zahl von Arbeitslosen. Außerdem müssen solche Qualifikationsmaßnahmen natürlich auch vorbereitet werden. Wir brauchen Leute, die das organisieren können. Glücklicherweise kommen wir jetzt immer mehr mit der Treuhand dahin, daß wir die alten Betriebe dafür verwenden können, das heißt die Menschen können in Ihren Betrieben bleiben und werden dort umgeschult. Das bedeutet allerdings, daß man über die in den Betrieben, vor allen Dingen über die in ihren Grundstücken liegenden Reserven noch nicht verfügen kann. Eine weitere Grenze ist die fehlende Motivation. Es ist für die Menschen sehr schwer zu begreifen, was diese Qualifikation für einen Sinn machen soll, wenn sie nicht gleichzeitig einen Brief bekommen, in dem steht, daß sie in vier Monaten dort und dort eingestellt werden. Die Menschen in der ehemaligen DDR haben noch keine Erfahrung mit der Mobilität des Arbeitsmarktes. Wenn Sie einem Ostdeutschen sagen, daß in der Bundesrepublik im Jahr 20 Prozent der Beschäftigten ihren Arbeitsplatz wechseln, können sie sich das überhaupt nicht vorstellen. Daß man sich generell in seiner Chance verbessert, wenn man sich qualifiziert, muß erst erfahren werden. Grenzen setzt drittens die fehlende Befähigung. Nicht jeder, der in der Fabrik gearbeitet hat, wir wissen das aus dem Ruhrgebiet, kann plötzlich an einem Computer arbeiten. Es war eines der großen Probleme bei der Umstrukturierung an der Ruhr, daß die Kumpel gesagt haben: „Meine Finger sind zu dick. Ich kann zwar eine schwere Arbeit machen, aber alles das, was ich da jetzt machen soll, moderne Elektronik und so, das kann ich nicht.“ Und das ist ja gar nicht negativ. AB-Maßnahmen: Sind ebenfalls außerordentlich wichtig, ermutigend, wo immer sie stattfinden, aber wir dürfen auch hier die Grenzen nicht übersehen. AB-Maßnahmen für 200 000 Arbeitslose erfordern einschließlich Sachkosten rund 5 Milliarden DM. Rein finanziell sind uns also Grenzen gezogen. Außerdem sind uns Grenzen gezogen durch den Mangel an Organisatoren, die ABM-Aufgaben definieren und vorbereiten, damit die Leute nicht einfach nur rumstehen und Geld kriegen. Dennoch: Beschäftigungsprogramme werden immer wichtiger. Wir werden, wenn wir die Kurzarbeit verlängern, und das werden wir

ja wahrscheinlich tun, das mit bestimmten Bedingungen verbinden, und ich bitte da sehr herzlich darum, daß Sie das unterstützen, also nicht die Positionen, die in der alten Bundesrepublik zu dieser Frage entwickelt worden sind, unreflektiert auf die neuen Bundesländer übertragen. Die Situation ist dort anders.

Die wichtigste Quelle für neue Arbeit sind natürlich Investitionen, sowohl öffentliche als auch private. So wird das Kommunalprogramm mit rund 5 Milliarden DM in den Gemeinden und Landkreisen für ein Jahr etwa 30 000 Arbeitsplätze sichern. Der Straßen- und Schienenbau, der sehr hoch dotiert ist, wird ebenfalls zu vielen Arbeitsplätzen führen. Aber die eigentlichen neuen Arbeitsplätze entstehen durch die Umstrukturierung der Wirtschaft. Es gab praktisch kein Handwerk in der alten DDR. Das Handwerk fängt jetzt erst an, sich zu entwickeln. Würden wir in Relation die gleiche Zahl von Beschäftigten im Freistaat Sachsen haben wie in der alten Bundesrepublik, könnten wir hiermit im Freistaat Sachsen rund 350 000 Menschen beschäftigen. Angesichts der enormen Sanierungsbedürfnisse wird das Handwerk einen größeren Beschäftigungseffekt haben, so daß wir bei unseren Überlegungen von etwa 400 000 bis 420 000 Handwerkern im Freistaat Sachsen oder von etwa 1,2 bis 1,3 Millionen in der alten DDR ausgehen. Bezogen auf die rund 8,5 bis 8,9 Millionen Beschäftigten in der alten DDR sind das immerhin rund 15 bis 20 Prozent. Wenn ich aber von denen für die neue Struktur zu erwartenden Beschäftigungszahlen ausgehe, ist es natürlich noch viel mehr. Bei Dienstleistungen, Handel, Gewerbe und Büros kommt die Entwicklung aber jetzt erst langsam in Gang, vor allen Dingen, indem jetzt auch Büros gebaut werden, hinzu kommt die mittelständische Industrie.

Unsere Einschätzung: Die Investitionen im privaten Bereich werden im Herbst beginnen. Vorher schaffen wir das wegen der Planungsphasen nicht, und dann ist das auch noch sehr schnell. Bitte erinnern Sie sich daran aus Ihren eigenen Betrieben, Unternehmen oder Erfahrungen, wie lange es dauert von der ersten Entscheidung zu investieren, bis sich da mal was bewegt. Wir wollen die Verwaltungsverfahren jetzt durch ein Maßnahmengesetz und durch das Vereinfachungsgesetz abkürzen. Wir wollen das aber vor allem durch eine Fülle von Improvisationen erreichen, durch die Bildung kleiner Einsatzgruppen, die von Investition zu Investition fahren, dort die Leute zusammenholen und ihnen zeigen, wie man das macht, wie man die Investitionsbescheinigung bei umstrittenen Grundstücken ausstellt und so weiter. Aber das fängt jetzt langsam an. Wir müssen es ja auch erst lernen.

Eine wichtige Rolle spielt die Lohnpolitik. Ich habe mich zu den Tarifabschlüssen Metall und ÖTV schon geäußert. Ich habe auch in den letzten Monaten immer darauf hingewiesen, daß die Formel, die Löhne könnten nur mit der Produktivität steigen, falsch ist. Diese Formel ist davon ausgegangen, daß es sich um *zwei getrennte Staaten* handelt, aber nicht um *eine Volkswirtschaft*. Das ist im übrigen bis heute ein großes Problem im Denken der Westdeutschen, daß sie immer noch in geteilten Kategorien denken. Wir haben längst einen einheitlichen Arbeitsmarkt in Deutschland, jedenfalls in vielen Bereichen, nicht nur im Facharbeiterbereich. Wenn zum Beispiel ein Erfurter Busfahrer, meiner Freund Meinhard Miegel, der Leiter der IWG, bei einer Fahrt im Bus unter Hinweis auf ein Anzeigenblatt fragt, was er denn machen soll, er verdiene 6 Mark die Stunde und habe ein Loch als Wohnung, und in dem Anzeigenblatt stünde eine Werbeanzeige der Stadt Köln, „Busfahrer gesucht, Stundenlohn 20 Mark, Wohnung wird gestellt“, dann ist für den Mann der deutsche Arbeitsmarkt hergestellt. Er kann entscheiden, ob er da bleibt oder nach Köln geht. Und so ist das überall. Wir haben also *einen* Arbeitsmarkt und deshalb ist das Verhältnis umgekehrt. Es ist nicht so, daß die Produktivität den Lohn bestimmt, sondern *der Lohn erzwingt die Produktivität*. Auch aus diesem Grunde sind die Tarifabschlüsse richtig. Wir haben hier eine ganz andere Situation als in der alten Bundesrepublik nach 1948, wo Lohnbeschrän-

kungen notwendig waren, um Investitionsmittel zu gewinnen. Wir hatten damals immerhin auch eine Investitionssteuer, um Investitionen zu finanzieren. Die Finanzierung von Investitionen ist in den östlichen Bundesländern überhaupt kein Problem. Geld ist vorhanden. Die Probleme liegen wo ganz anders: Ich habe allein in dieser Woche an meinem Tisch - ich kann ja nur wenig Leute sehen - Investoren getroffen, die, wenn sie alle sofort anfangen könnten mit dem, was sie wollen, ungefähr 3,5 Milliarden Mark investiert hätten. Und das nur in einem überschaubaren Umfeld, das Land Sachsen ist ja territorial nicht groß und bevölkerungsmäßig zwar das größte der ostdeutschen Bundesländer, aber vergleichbar mit Hessen. Ich gehe davon aus, daß das wichtigste darin besteht, daß beide Tarifparteien bei der Bewältigung dieser Übergangsphase, die bis zur endgültigen Behebung der Arbeitslosigkeit mehrere Jahre dauern kann, zusammenwirken. Das gefährlichste, was jetzt passieren kann, wäre, daß die Tarifparteien sich über die Ursachen der Arbeitslosigkeit zerstreiten. Denn wenn man die westliche Lebensqualität erreichen will, muß dieses Tal durchschritten werden. Es gibt dazu keine Alternative. Wir können die Menschen nicht so schnell umschulen und wir können nicht so schnell neue Arbeitsplätze schaffen, wie die alten Strukturen zusammenbrechen. Die einzige Möglichkeit, die wir haben, ist die, die alten Strukturen vorübergehend in der Hoffnung zu erhalten, daß sich daraus Lebensfähiges ergibt. Und das wird relativ teuer. Wenn man das machen will, und ich bin sehr dafür, dann müssen wir auch *gemeinsam* die Kosten berechnen und übernehmen.

Wir haben größten Wert darauf gelegt, daß die Altbundesländer mit uns die Kosten der deutschen Einheit ermitteln, weil wir es leid waren, immer als diejenigen zu erscheinen, die die Hand aufhalten müssen, und die anderen sagen uns gnädig, ob und was sie reinton können. Diese Art des Verhältnisses ist absolut demotivierend. Wenn das eine gesamtdeutsche Aufgabe ist, müssen auch ihre Kosten gesamtdeutsch festgestellt werden. Mir ist völlig bewußt, daß das auch in die Gewerkschaften Konflikte trägt. Natürlich wird die Gewerkschaft im Osten die Forderung der westlichen Gewerkschaft unterstützen, um Mitglieder zu gewinnen. Aber sie muß dann, wenn sie die Forderung durchgesetzt hat, und das gilt nicht nur für die ÖTV, auch den Mitgliedern im Westen sagen, daß für den Übergang die Differenz zwischen der eigenen Produktivität und der erfolgreich eingeforderten Forderung durch Transferleistungen abgedeckt werden muß. Und diese Transferleistungen müssen auch von der arbeitenden Bevölkerung mitgetragen werden. Das muß sozial ausgewogen stattfinden. Ich habe mich deshalb, wie Sie vielleicht wissen, ja auch schon im letzten Februar dafür eingesetzt, neben den indirekten auch die direkten Steuern in entsprechender Weise in Anspruch zu nehmen. Ich halte es auch für das Selbstverständnis der Bevölkerung hier für wichtig, daß jeder ein fühlbares Opfer erbringt. Es wäre eine Katastrophe, wenn die Besserverdienenden - die dann allerdings bei 5 000 DM anfangen und nicht erst bei 80 000, 90 000 oder 100 000 DM - Gefühl hätten, sie brauchten weniger für die Einheit zu zahlen.

Ich komme zum Ende. Ich will die sozialen Probleme, auf die ich zum Teil in der Familienpolitik schon eingegangen bin, nur in zwei Punkten noch konkretisieren: Unsere Probleme sind immer noch die administrative Infrastruktur, es geht um die Umsetzung des Sozialsystems überhaupt. Was wir dringend brauchen, ist zudem die Dynamik der sozialen Leistungen. Es darf uns jetzt nicht passieren, daß die sozialen Transferleistungen hinter der Dynamik der Lohn- und Einkommensentwicklung weit zurückfallen. Das würde zu tiefgreifenden sozialen Spannungen führen. Wir müssen die Probleme lösen, die daraus resultieren, daß früher wesentliche soziale Aktivitäten von den Betrieben getragen wurden. Die Pöhlchen, die Kinderkrippen, die Kindergärten, zum Teil auch die Seniorenheime gehen jetzt auf die Kommunen oder das Land über, die darauf nicht vorbereitet sind. Hinzu kommt ein generelles Problem, vor allem für die älteren Menschen: Sie sind an eine relative Einkommensgleichheit gewöhnt. Bitte betrachten Sie das auch als ein schwieriges Problem. Die Spreizung der Einkommen

bedeutet eine wesentliche Veränderung der Erfahrungen. Das ist vor allen Dingen für alte Menschen ein Problem. Müssen wir darauf achten, daß zum Beispiel bei den Senioren, die in den Heimen wohnen, jetzt nicht plötzlich aus der bisherigen Situation, - das Heim war ja sehr preiswert, so daß von der Rente eine ganze Menge übrig blieb -die Situation entsteht, daß die gesamte Rente für den Heimplatz verschwindet und die alten Menschen nur noch ein Taschengeld bekommen. Hier müssen, und sei es für den Übergang, Lösungen gefunden werden.

Lassen Sie mich einen Ausblick versuchen. 1992 werden die ersten nachhaltigen Aufwärtsbewegungen einsetzen. Das Wachstum wird sich stabilisieren, und ich bin so optimistisch zu sagen, daß wir dann auch die ersten Rückwanderungen bekommen. Das heißt, daß die Menschen, die jetzt in größerer Zahl als Arbeitslose in den Westen gehen, zum Teil zurückkommen werden, und die Zahl der Pendler abnehmen wird, 1993 wird sich nach meiner Überzeugung das Wachstum verstärken und der Dienstleistungsbereich wird überproportional wachsen. Die Umstellung im öffentlichen Dienst wird 1993 abgeschlossen sein. Die Dynamik wird zunehmen und die Infrastruktur wird sichtbar besser. 1994 haben wir dann eine allgemeine, für alle Menschen erkennbare und sichtbare Verbesserung ihrer Lebensqualität. Wir werden aber Probleme mit der Ost-West-Wanderung in Europa bekommen, und die treffen die ostdeutschen Länder als erste. Das müssen wir sehen, auch wenn es heute weit über unser Thema hinausgeht. Die Beschäftigungsdynamik wird schnell zunehmen und es wird der erste Fachkräftemangel in den ostdeutschen Ländern auftreten. Die Infrastruktur, die Kommunikation, das Telefonnetz wird normal sein, die Straßen wesentlich besser, die Eisenbahn um etwa 50 Prozent schneller und die Umweltbelastung wird etwa das Niveau erreichen, das die Altbundesrepublik Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre hatte. Die Löhne und Gehälter und der Lebensstandard werden sich angeglichen haben. Das haben Sie ja in Ihren Tarifabschlüssen schon vorgezeichnet. Ab 1995 sehe ich dann keine nennenswerten ökonomischen Probleme mehr. Wir werden eine sich selbst tragende Dynamik haben, und die Unterschiede in der Lebensqualität und in der Stadtsanierung werden von der Bevölkerung im wesentlichen als vorübergehend empfunden werden, weil sie überall sehen, daß sich die Dinge bessern. Ich glaube, daß wir dann bis zum Jahre 2000 eine zunehmende und abschließende Anpassung des West-Ost-Niveaus erleben werden und eine echte, abgeschlossene Integration in die EG-Wirtschaft. Die geistige und kulturelle Integration der beiden Teile Deutschlands, die Definition der Rolle des geeinten Deutschlands wird zur Jahrtausendwende weit fortgeschritten sein. Und wir werden eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Sachsen, vor allen Dingen mit Böhmen haben und in den ostdeutschen Bundesländer auch mit Polen. Die neuen Länder, ich spreche vor allen Dingen für das Land, für das ich Verantwortung trage, der Freistaat Sachsen, wird in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre, einer der gesuchtesten Investitionsstandorte in Europa sein, und zwar auch und gerade wegen der osteuropäischen Entwicklung.